

Verband der Familienunternehmen

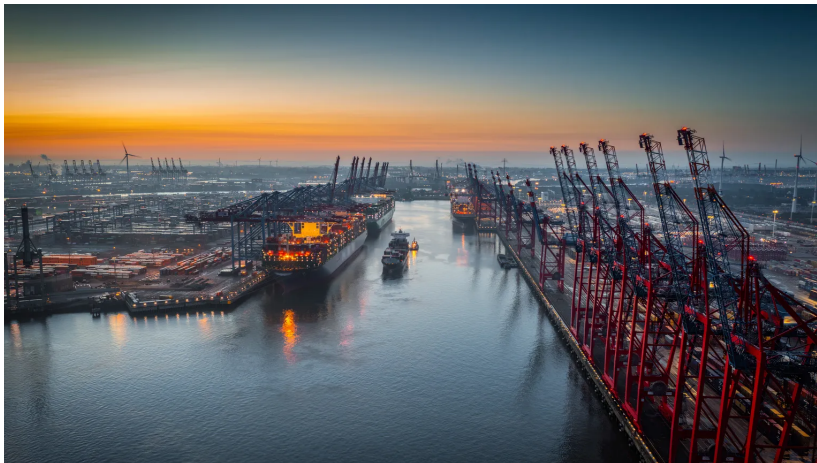
Die Wirtschaft muss Haltung zeigen



Eine Kolumne von
Marcel Fratzscher

Die Familienunternehmer öffnen sich für die AfD. Dabei lebt die Wirtschaft von offenen Märkten, Stabilität und Vielfalt. Es ist ihre Aufgabe, diese Werte zu verteidigen.

28. November 2025, 17:35 Uhr



Die deutsche Wirtschaft lebt von offenen Märkten und Vielfalt. © Getty Images

Die jüngste Öffnung des Verbands der Familienunternehmer gegenüber der AfD [<https://www.zeit.de/thema/alternative-fuer-deutschland>] ist weit mehr als ein politisches Manöver. Sie ist ein Fehler, der das wirtschaftliche Fundament Deutschlands untergraben und die gesellschaftliche Spaltung vertiefen könnte. Denn Unternehmen und ihre Verbände tragen nicht nur Verantwortung für ihre Mitglieder, sondern auch für die Stabilität und Zukunftsfähigkeit von Demokratie und Gesellschaft.

Die Öffnung schafft Legitimation für die AfD-Positionen – das ist fatal. Denn die AfD verfolgt eine Wirtschaftspolitik, die den Kern unseres Wohlstands – die offene, europäisch eingebettete soziale Marktwirtschaft – infrage stellt. Ihre

Forderungen nach nationaler Abschottung, Austritt aus EU und Euro, nach Reduktion von Migration und nach sogenannter Remigration und einer weitgehenden Renationalisierung von Politik und Wirtschaft würden Deutschland strukturell schwächen. Eine solche Politik gefährdet Millionen Arbeitsplätze und beschleunigt die Deindustrialisierung.

Deutschland lebt von offenen Märkten, einem funktionierenden Rechtsstaat und verlässlichen internationalen Beziehungen. Wer diese Grundlagen zerstört, zerstört die Basis wirtschaftlichen Erfolgs. Es ist paradox, wenn ausgerechnet jene Verbände, die sich für die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Mitglieder einsetzen, einer Partei die Tür öffnen, die diese Wettbewerbsfähigkeit stark schwächen würde.

Der Verband scheint auch die internationalen Signale dieser Entscheidung zu unterschätzen. Deutschland wird im Ausland genau beobachtet – von Investoren, Handelspartnern und multinationalen Unternehmen, die langfristige Standortentscheidungen treffen. Wenn zentrale Akteure der Wirtschaft signalisieren, dass sie mit Parteien kooperieren würden, die demokratische Prinzipien klar infrage stellen, hat das Folgen. Es schadet dem Vertrauen in Deutschland als einen verlässlichen, demokratischen Wirtschaftsstandort. Standortentscheidungen basieren nicht allein auf Steuersätzen – sie basieren vor allem auf politischer Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlicher Offenheit.

Wer schweigt, trägt Mitverantwortung

Hinzu kommt ein weiterer gravierender Fehler. Deutschlands gute Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Erfolg erodieren gerade. Viele Unternehmen beklagen zu Recht eine Überlastung staatlicher Institutionen, hohe Unsicherheiten und fehlende Investitionen. Aber sie benennen zu selten die wahren Ursachen: die politische Polarisierung, der Vertrauensverlust in demokratische Institutionen und die Abschottungstendenzen, die einer Modernisierung des Landes im Weg stehen.

Dass manche Verbände lautstark auftreten, wenn es um eigene Subventionen oder spezifische, kurzfristige Brancheninteressen geht, aber ganz leise werden, geht es um grundlegende Werte der Marktwirtschaft und der Demokratie, ist irritierend. Politische Enthaltensamkeit mag strategisch clever erscheinen, ist aber ökonomisch kurzsichtig und gesellschaftlich gefährlich. Wer schweigt, trägt Mitverantwortung. Denn Schweigen stärkt jene Kräfte, die die institutionellen Voraussetzungen einer produktiven Wirtschaft aushöhlen.

Unternehmen und ihre Verbände müssen daher ihre Rolle neu definieren. Es

reicht nicht, sich als neutrale Interessenvertretung zu verstehen, die sich mit jeder Regierung arrangiert. Die Interessensvertretungen der Wirtschaft müssen ihrer Verantwortung für die Gesellschaft gerecht werden und klar kommunizieren, welche politischen Rahmenbedingungen sie für wirtschaftlichen Erfolg benötigen: eine stabile Demokratie, eine effektive Verwaltung, ein starkes Europa, Respekt gegenüber Vielfalt und eine moderne, verlässliche staatliche Infrastruktur. All dies ist unvereinbar mit der politischen Agenda der AfD.

Deutschland steht vor einem Jahrzehnt der Transformation und der Modernisierung. Der Wandel wird nur gelingen, wenn Unternehmen sich aktiv einbringen – und wenn sie Haltung zeigen. Eine offene Gesellschaft ist kein Nice-to-have, sondern ein zentraler Produktionsfaktor.



4 Wochen für 23,80 € 0 €

Über 300.000 Abonnenten nutzen die digitale ZEIT. Entdecken auch Sie das digitale Abo der ZEIT mit Zugang zu allen Artikeln auf zeit.de.

Jetzt für 0 € testen →